

**Erklärung
gegen die nachhaltige qualitative Umstrukturierung
und für eine Stärkung örtlicher Bündnisse von „Demokratie leben!“**

Die Pläne der Bundesregierung, das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ umzubauen und zahlreiche Projekte vorzeitig auslaufen zu lassen, erfüllen uns mit Sorge. Wir sind Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in Worms, die sich in verschiedenen Bündnissen ehrenamtlich für die Demokratie engagieren und bei Projekten und Veranstaltungen bisher immer wieder auch von „Demokratie leben!“ gefördert wurden. Wie wichtig das in unserer Stadt ist, zeigt das Ergebnis der Landtagswahl vom 22. März dieses Jahres: 25 % wählten die AfD...

Dass das Förderprogramm „Demokratie leben!“ den Rechtsextremen ein Dorn im Auge ist, belegen z.B. 13 parlamentarische Anfragen, die von AfD-Abgeordneten in weniger als einem Jahr zu „Demokratie leben!“ gestellt wurden. Die AfD-Fraktion im Stadtrat Bitterfeld-Wolfen hat sogar einen bundesweit verbreiteten „Leitfaden zum Umgang mit dem Bundesprogramm Demokratie leben!“ herausgebracht unter dem Titel: „Jetzt ist die Gelegenheit, den Sumpf auszutrocknen“. Mit dem Angriff auf das Programm unterstützt das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend nun (in)direkt die Strategie der AfD und schwächt und behindert damit zivilgesellschaftliches Engagement für die Demokratie, denn

- antragsberechtigt sind nur juristische Personen, was z.B. Initiativen, Nichtregierungsorganisationen (NGO) sowie Betriebs- und Personalräte von vornherein ausschließt, weil sie sich nicht zu einem „eingetragenen Verein“ (e. V.) erklären können oder wollen. Vor allem der Ausschluss der letztgenannten Gruppe widerspricht dem neuen Programmschwerpunkt „Demokratiebildung in der Arbeitswelt und in Unternehmen“.
- Maßnahmen, für die Fördermittel beantragt werden, müssen in ein zentrales Förderportal eingetragen werden und werden inhaltlich durch die Regiestelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben geprüft. Erst nach erfolgter Zustimmung darf mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden.

Die ungewiss lange Dauer der Prüfung hat zu einem Problem bei der Organisation von Demokratieprojekten zur Folge (z. B. terminliche, denn Referent*innen können erst nach Bewilligung verpflichtet werden und stehen dann evtl. nicht mehr zur Verfügung).

Zum andern stellt sich für alle Aktiven im bisherigen „Begleitausschuss“, aber insbesondere auch für alle engagierten Demokrat*innen am Ort die Frage: Welche Funktion und Kompetenzen hat der frühere Begleitausschuss, der nun „Bündnis“ heißt, überhaupt noch, wenn künftig die Einzelmaßnahmen zentral durch die Regiestelle geprüft und entschieden werden? Dies ist eine Einschränkung basisorientierter Demokratie, dort, wo das Bündnis die Antragsteller*innen in aller Regel kennt und auftretende Fragen auf kurzem Weg und unbürokratisch klären kann.

Aus diesen Änderungen spricht Voreingenommenheit, Misstrauen und Missachtung gegenüber allem zivilgesellschaftlichen Engagement. Während es uns Aktiven in verschiedenen Organisationen und Initiativen bisher, oft seit vielen Jahren, darum ging und auch weiterhin geht, auf vielfältige Weise die im Grundgesetz verankerte Demokratie zu festigen und zu schützen, scheint es den verantwortlichen Politiker*innen wichtiger zu sein, die Demokratieförderung inhaltlich zu steuern und vermeintlich „linke“ oder politisch unliebsame Projekte dabei auszusortieren.

Ein weiteres Problem sehen wir darin, dass in Zukunft für alle von „Demokratie leben!“ geförderten Projekte automatisch das Haber-Verfahren angewendet wird. Hierzu erklärte Bundesbildungsministerin Karin Prien in einem Interview mit der „taz“ vom 25. März 2026: „Wir überprüfen alle, die einen neuen Förderantrag bei uns stellen. Erst mal mit öffentlich zugänglichen Quellen wie den

Verfassungsschutzberichten. Das war im Übrigen schon immer so. Nur dann, wenn es eine Veranlassung gibt, bitten wir den Verfassungsschutz, auf diese Fälle zu schauen.“

Sollten beim Bundesamt für Verfassungsschutz über Organisationen oder Personen, die Förderung beantragen, Erkenntnisse - welcher Art auch immer - vorliegen, wird die Bewilligung in aller Regel abgelehnt, auch wenn Karin Prien im genannten Interview feststellte: „Was im Verfassungsschutzbericht steht, ist ja bekannt. Und eine Förderung ist immer eine Ermessensentscheidung. Das gilt für jeden Antrag, über den entschieden wird.“ Betroffene erfahren davon nichts, können sich deshalb nicht dazu äußern und sich nicht dagegen wehren. Dieses fragwürdige und intransparente Vorgehen, lehnen wir entschieden ab, erscheint es doch letztlich als nicht von der Hand zu weisen, dass der Inlandsgeheimdienst über die (Nicht)Bewilligung von Förderungen entscheidet.

Wir fordern deshalb:

- Initiativen, Einzelpersonen und NGOs müssen antragsberechtigt sein, auch wenn sie keine „eingetragenen Vereine“ sind.
- Statt Entscheidungen des lokalen Bündnisses von „Demokratie leben!“ ignorieren oder völlig aufweichen zu wollen, sollte das zuständige Ministerium die Stärkung dieses Gremiums durch die Zivilgesellschaft anregen mittels
 - verbindlicher Entscheidungen des „Bündnisses“
 - Ankündigung der Sitzungstermine und Schaffung eines öffentlichen Teils, an welchem alle interessierten Bürger*innen Fragen stellen, Anregungen einbringen und Kooperationen vorschlagen können.
- Die Bürger*innenbeteiligung als Grundlage unserer Demokratie nicht durch die vorgesehenen Bedingungen und Kontrollen zu erschweren, sondern sie zu unterstützen und weitestmöglich auszubauen. Zivilgesellschaftliches Engagement verdient Respekt und Vertrauen, nicht Misstrauen und Repression.

BUND Worms-Wonnegau

Bündnis 90/Die Grünen Worms

Bündnis für Demokratie, Toleranz und Vielfalt e.V.

Bündnis gegen Naziaufmärsche Worms

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Stadtverband Worms

Die Linke - Stadtverband Worms

Eine-Welt-Laden Worms e.V.

Förderverein Lern- und Gedenkstätte Güterbahnhof Worms e.V.

Förderverein Projekt Osthofen e.V.

Grüne Jugend Worms

Helferkreis Asyl e.V.

Omas gegen Rechts

pax christi - Basisgruppe Worms

QueerTreff Worms

Runder Tisch gegen Rechtsextremismus an der Lutherkirche

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschist*innen Worms-Alzey

WORMSER ARBEITSLOSENINITIATIVE e. V.

Wormser for Future

